

### „Arbeitskreis Zukunftsenergien“

#### **CCS in Deutschland – Welche Möglichkeiten der Dekarbonisierung ergeben sich perspektivisch für die Industrie?**

**Berlin, 4. Dezember 2024 – Vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung beschlossenen Novellierung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes, welche CCS in Deutschland erstmals offshore erlauben würde, hat das Forum für Zukunftsenergien im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ über die Bedeutung von CCS für die deutsche Industrie diskutiert. Im Fokus der Veranstaltung standen die Anforderungen der Industrie an die Politik und den gesetzlichen Rahmen sowie der Aufruf, trotz der aktuellen politischen Lage diesen zu verabschieden. An der Diskussion beteiligten sich Vertreter der Energiewirtschaft, der Ministerien sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages, um zu erörtern, wie die Möglichkeiten zur Dekarbonisierung mit CCS voll ausgeschöpft werden können.**

Malte Bornkamm, Referatsleiter IV E2 beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, gab stellvertretend für Dr. Beate Baron, Leiterin der Abteilung Industriepolitik beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, einen Überblick über die einzelnen Aspekte der Carbon Management Strategie und der Novellierung des KSpTG. Dabei beschrieb er Deutschlands Dekarbonisierungsziele als deutlich ambitionierter als die der EU, wonach geplant sei, negative Treibhausgasmissionen bis 2050 zu erreichen. Dafür sei eine Carbon Management Strategie dringend erforderlich und die Diskussionen von 2011 entschieden überholt. Der Entwurf des BMWK orientiere sich nun an vergleichbaren Strategien, wie zum Beispiel der nationalen Wasserstoffstrategie. Bornkamm betonte, dass die Vermeidung und Minderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zwar immer noch oberste Priorität hätten, die Anwendung von CCS jedoch einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten könne, insbesondere mit Blick auf Bereiche mit technisch schwer oder gar nicht vermeidbaren CO<sub>2</sub>-Emissionen, wie beispielsweise die Kalk- und Zementindustrie oder die Abfallwirtschaft. Zudem sei das Vorgehen eingebettet in die Carbon Management Strategie der EU und erfahre darüber hinaus Unterstützung durch die internationale Zusammenarbeit. Sollte in der laufenden Legislaturperiode noch eine Verabschiedung der Novelle gelingen, sei mittelfristig die Aufgabe des BMWK die inhaltliche Umsetzung der Carbon Management Strategie sowie der Aufbau von Governance-Strukturen, eine kontinuierliche Einbeziehung von Stakeholdern und die Begleitung des Hochlaufprozesses durch regelmäßige Evaluierungen.

Norman Wendt, Projektleiter bei der Carbon Management Allianz, stellte die Carbon Management Allianz als eine Industrieinitiative zum Einsatz von CCS & CCU in Deutschland vor. Im Zuge dessen sprach er die Sorge an, die Debatte um CCS in der Bevölkerung könne erneut zu einer Frage nach dem „Ob“ anstelle des „Wie“ kippen. Dies sei eine Entwicklung, die es zu verhindern gelte, denn je schneller eine Carbon Management Strategie beschlossen und CCS in Deutschland erlaubt würde, desto besser sei dies für die Dekarbonisierung der Industrie.

Carolin Boßmeyer, Head of Liaison Office Berlin - Senior Manager Government Affairs bei Heidelberg Materials AG, hob in ihrem Vortrag die Bedeutung von CCS für die Industrie hervor. Für Heidelberg Materials sei CCS nicht nur die einzige Technik zur vollständigen Dekarbonisierung, sondern schaffe auch einen Wettbewerbsvorteil. Dabei unterstrich sie, dass Carbon Management nur als europäische Gemeinschaftsleistung gelingen könne, da es eine europaweite Wertschöpfungskette und neue Infrastrukturen erfordere. Heidelberg Materials sei einer der „First Mover“ in Deutschland, was viele Herausforderungen mit sich bringe, weshalb Boßmeyer eine faire Risikoverteilung forderte. Auch eine weitere Unterstützung in Form von Klimaschutzverträgen sei für die Industrie wertvoll. Sie kritisierte die politische Unsicherheit und forderte einen klaren Rechtsrahmen, der Sicherheit in Bezug auf die Investitionen von Firmen wie Heidelberg Materials schaffe und einen verantwortungsvollen Umgang mit EU-Fördergeldern sicherstelle.

Dr. Martin Volmer, Senior Manager CO2 Transformation bei Lhoist Germany Rheinkalk GmbH, unterstützte in seinem Vortrag die Aussagen von Boßmeyer und ergänzte diese mit einer Darstellung der individuellen Perspektive von Lhoist. Da Lhoist Deutschlands und Europas größter Kalkhersteller sei und vielfältige Anwendungen in beispielsweise Windrädern, Wasseraufbereitung und Rauchgasreinigung fände, sei der Aufbau einer CO2-Infrastruktur von außerordentlicher Bedeutung. Volmer stellte die Projekte von Lhoist vor, auf die es nun ankomme, um die Kalkproduktion zu dekarbonisieren. Dazu zähle etwa das Projekt EVERST, das sich mit dem Werk Flandersbach bei Wülfrath befasse, welches fast 1.7 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr emittiere. Für die Umsetzung des Projekts habe Lhoist eine Förderzusage von 228 Mio. Euro von der EU erhalten. Die damit verknüpften engen Vorgaben zur zeitlichen Umsetzung unterstrichen wiederum die Dringlichkeit eines sicheren Rechtsrahmens in Deutschland. Wie Boßmeyer forderte auch Volmer für „First Mover“ und deren Projekte eine faire Risikoverteilung zwischen den handelnden Partnern und der Öffentlichkeit beispielsweise in Form von Klimaschutzverträgen, Amortisationskonten oder Bürgschaften. Insgesamt plädierten Boßmeyer und Volmer mit ihren gemeinsamen Ausführungen deutlich für eine Verabschiedung des KSpTG und einen generellen Fortschritt bei den relevanten Regulierungen.

Dr. Ludwig Möhring, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG), betonte den Aspekt der Sicherung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und warnte vor einer Dekarbonisierung über Deindustrialisierung. Um dies zu verhindern, seien neben bezahlbaren Energiepreisen und einer Transformation, die die Kosten unter Kontrolle behalte, auch eine Carbon Management Strategie unabdingbar, die es insbesondere der in großem Umfang emittierenden Industrie erlaube, wirksam zu dekarbonisieren. Sich dabei aber allein auf technisch unvermeidbare CO2-Emissionen zu fokussieren, werde den Anforderungen an eine kosteneffiziente und zeitnahe Dekarbonisierung nicht gerecht. Da Deutschland erhebliche Offshore- und Onshore-Potenziale besitze, sei eine Einbeziehung der CO2-Einlagerung in Deutschland für eine kosteneffiziente Carbon Management Strategie unerlässlich. Daher stellte Möhring in Frage, ob Deutschland sich als größter CO2-Emittent Europas wirklich in großem Umfang ausklinken und die Einspeicherung den europäischen Nachbarländern überlassen könne. Er kritisierte den Entwurf des KSpTG als nicht ausreichend und forderte Deutschland auf, informierte Entscheidungen zu treffen, um ein erfolgreiches und kosteneffizientes Carbon Management zu garantieren.

In der abschließenden Diskussionsrunde erörterten Olaf in der Beek, MdB (FDP), und Oliver Grundmann, MdB (CDU/CSU) unter der Moderation von Dr. Annette Nietfeld die Perspektiven zur Carbon Management Strategie und der Legalisierung von CCS. Beide Abgeordnete sprachen sich klar für eine Novellierung des KSpTG aus und stimmten überein in dem Ziel, das Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode zu verabschieden. In der Beek betonte, dass in den Klimaschutzverträgen 70 Prozent der Förderungen für CCS & CCU bereitgestellt werde, was bei einer tatsächlichen Umsetzung zu einer Einsparung von 20 Prozent der deutschen Industrieemissionen von 2023 führen würde. Damit sei der Beitrag von CCS & CCU zur Dekarbonisierung nicht zu unterschätzen und dringend geboten.

Grundmann zeigte sich überzeugt, die Novellierung des KSpTG sei ein wichtiger Schritt voran. Jedoch sehe er noch weiteren Verbesserungsbedarf, beispielsweise in Bezug auf die Einschränkung der Anwendung von CCS auf schwer und gar nicht vermeidbare Emissionen. Er schlug vor, die Legalisierung so zu erweitern, dass daraus praktische Vorteile für alle Unternehmen gezogen werden könnten, die beispielsweise in unmittelbarer Nähe einer Pipeline angesiedelt seien und somit die bestehende Infrastruktur nutzen könnten. Auch das Verbot der Onshore-Speicherung betrachtete er kritisch. Beide Abgeordneten waren sich einig, dass eine rasche Verabschiedung der KSpTG Novelle notwendig sei, dies jedoch keinen Anlass biete, in der nächsten Legislaturperiode nicht weiter an dem Gesetz zu arbeiten.

Wir danken dem Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG), der Carbon Management Allianz sowie der Heidelberg Materials AG für die Unterstützung und der DIHK - Deutsche Industrie- und Handelskammer für die Gastfreundschaft!

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der [Website](#) (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
X (Twitter) [@FfZeV](#)  
LinkedIn [@FfZeV](#)